Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

28.8.1930 (No. 199)

Visual Library

Nr. 199 Donnerstag, den 28. August 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Europakonferenz

Eine französische Erklärung

WTB. Paris, 28. Aug. (Tel.) Die offiziellen Kreise, so erklärt der „Matin", sehen sich veranlaßt, gegenüber gewissen phantasievollen Kommentaren ausländischer Blätter über die demnächst in Genf zusammentretende europäische Konferenz ihre Stellungnahme zu präzisieren.

Man legt Wert darauf, daran zu erinnern, daß **Briand** keinesfalls die Absicht gehabt habe und auch nicht haben konnte, für sich allein die europäische Föderation zu personifizieren. Am 9. September 1929 habe der französische Außenminister von seinen Kollegen den Auftrag erhalten, schriftlich seinen Plan einer europäischen Föderation zu entwickeln. Briand habe also das allbekannte Memorandum ausgearbeitet. Er sei auch beauftragt worden, die Ansicht der interessierten Mächte einzuholen. Es sei also nur noch Sache des Vertreters Frankreichs gewesen, sich mit den verschiedenen Regierungen über den **Zeitpunkt der Aussprache** zu verständigen. Wenn Briand nun die Mächte ersucht habe, das Vorstudium seines Planes auf den 8. September festzusetzen, so deshalb, weil die Völkerbundshauptversammlung am 10. tagen solle und eine Frist von mindestens 48 Stunden es der Europakonferenz gestatten müsse, sich über die der französischen Initiative zu gebenden Folgen zu äußern. Briand habe seine Aufgabe erfüllt; Sache der Konferenz sei es jetzt, die ihrige zu erfüllen.

Frankreich habe stets eine noch zu große Achtung vor der Unabhängigkeit der Anderen bewiesen, als daß es jemals den ihm erteilten Auftrag überschritten hätte. Eine Bewegung sei in Fluß gekommen, von der die Ereignisse tagtäglich mehr bewiesen, daß sie zeitgemäß sei und Aufmerksamkeit verdiene. Getreu seiner Tradition mache Frankreich Vorschläge, überlasse es aber der Logik der Menschen und der Ereignisse, diese Idee durchzusetzen. Briand habe in den ihm gezogenen Grenzen seine Verantwortung übernommen. Nach allgemeiner Ansicht könne Frankreich in Ruhe die weitere Entwicklung der Diskussion abwarten.

Der Atlantikflug des Dornier-Wal

Ein Veteran der Luftfahrt

Von den Dornierwerken in Altenrhein wird mitgeteilt: Der Atlantikflug des deutschen Fliegers Wolfgang **von Gronau** mit dem Zweimotorenflugboot Dornier Wal (2 × 500 PS BMW. [Bayr. Motorenwerke München] Motoren), dürfte deshalb von besonderem allgemeinen Interesse sein, weil es das **erste Mal** ist, daß mit einem **Seeflugzeug** der Nordatlantik überwunden wurde. Dieser Flug bedeutet eine wichtige Pionierarbeit für den kommenden **Transozeanflugverkehr**, denn nur mit Seeflugzeugen wird es möglich sein, einen solchen Verkehr unter Ausschaltung der Hauptgefahren — Nebel und Notlandung — systematisch zu studieren und durchzuführen. Besonders hervorzuheben ist an diesem Fluge: 1 die wohlüberlegte Vorbereitung und gut gelungene Durchführung, die nur in Verbindung mit Wetterdienst und Funkanlage möglich war, 2. die Vorgeschichte des benutzten Flugbootes.

Das zum Flug verwendete Zweimotorenflugboot **Dornier Wal** ist ein „Veteran der Luftfahrt" und ist **bereits sechs Jahre in Dienst.** Es wurde 1924 im Auftrage des Nordpolforschers **Roald Amundsen** gebaut und von ihm zu seinem berühmten **Fluge nach dem Nordpol** im Jahre 1925 benutzt. Während das eine Flugboot „Wal N 24" im Eise zurückgelassen werden mußte, konnte „N 25", der heute von Gronau benutzte Wal D 1422, wieder starten und brachte die Besatzung beider Flugboote nach Spitzbergen und der norwegischen Hauptstadt zurück.

Die außerordentlichen Anforderungen, welche bei diesem Fluge an die Maschine gestellt wurden, waren in Form von Verbeulungen, verursacht durch Eispressungen, wohl sichtbar, beeinträchtigten jedoch die Eigenschaften des Flugzeuges in keiner Weise.

In den folgenden Jahren machte der Nordpol-Wal unter Führung des norwegischen Oberleutnant **Lützow-Holm** eine Reihe von Erkundungsflügen von Oslo nach England und Holland, um zwei Jahre nach der Rückkehr vom Nordpol von den Dornierwerken wieder zurückerworben zu werden. 1927 wurden die im Flugboot befindlichen englischen Rolls Royce Motoren gegen 2 × 450 PS Napier-Lion-Motoren ausgewechselt. Der englische Flieger Courtney benutzte darauf das Flugboot zu dem Versuche einer Atlantiküberquerung, der jedoch wegen ungünstiger Witterung auf dem Wege nach den Azoren abgebrochen werden mußte, worauf der Wal wieder nach Friedrichshafen zurückgeflogen wurde. Es erfolgte hierauf ein neuer Motorenwechsel, und wurden die heute in der Maschine befindlichen 450/300-PS-**Motoren der Bayr. Motorenwerke München** eingebaut.

Die Maschine ging darauf in den Besitz der Deutschen Verkehrsfliegerschule Warnemünde über und machte bereits 1928 unter Führung des Herrn von Gronau einen Rundflug List-Färöer-Inseln—Bergen—Oslo—List, 1929 einen Flug nach Island und zurück und in diesem Jahre größere Flüge, worunter einer nach Helsingfors, Finnland.

Notopfer auch der Abgeordneten? Im Zusammenhang mit der Verordnung über das Notopfer der Beamten haben die Demokraten im Preußischen Landtag einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß für die Dauer des durch die Verordnung der Reichsregierung bestimmten Notopfers der Beamtenschaft die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten um 10 Proz. gekürzt werde. Für den Preußischen Landtag allein würde die Annahme dieses Antrages eine jährliche Ersparnis von mehr als einer halben Million Reichsmark bedeuten.

Letzte Nachrichten

Die Reform der Reichsfinanzen

Heute vorläufiger Abschluß der Beratungen

M. Berlin, 28. Aug. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett will seine Beratungen heute mittag bis 2 Uhr abschließen, da um diese Zeit der Präsident des japanischen Oberhauses zum Frühstück bei der Reichsregierung eingeladen worden ist. Weitere Sitzungen werden nicht stattfinden, denn die Minister müssen jetzt, und zwar die meisten bereits morgen, in ihre Wahlkreise abreisen, um sich an der Wahlagitation zu beteiligen. Sie kommen erst Mitte September wieder nach Berlin zurück.

Soweit man bisher urteilen kann, ist die Erledigung der Finanzfragen nur in großen Umrissen erfolgt. So werden z. B. die Einsparungen im neuen Etat, die bekanntlich sehr großen Umfang erreichen sollen, den Ressorts innerhalb des Reichsfinanzministeriums zur Ausarbeitung überlassen. Nach unsern Informationen ist es bisher nicht möglich gewesen, die wirklich großen Pläne endgültig zu erledigen, darunter die Senkung der Gewerbesteuer im Zusammenhang mit der anderweitigen Verwendung der Hauszinssteuer, da nach Auffassung vieler Regierungsmitglieder zunächst dafür die Vorbereitung durch die Verwaltungsreform geschaffen werden müsse und die Hauszinssteuern bisher Sache der Länder sind. Es scheint, als ob gestern auch die Frage der Pensionskürzungen erörtert wurde, doch dürften keine Beschlüsse gefaßt worden sein.

Wahrscheinlich wird im Laufe des heutigen Tages ein Kommuniqué erscheinen, das in großen Umrissen den Weg der weiteren finanziellen Entwicklung aufzeigt.

Keine Erhöhung der Posttarife

WTB. Berlin, 28. Aug. (Tel.) Eine Berliner Tageszeitung bringt heute unter der Überschrift: „Vor neuen Erhöhungen der Posttarife" die Mitteilung, es sei geplant, die Posttarife bereits zum 1. Oktober zu steigern. Diese Nachricht ist, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, völlig aus der Luft gegriffen. Eine Erhöhung der Posttarife ist nicht irgendwie erwogen worden und in keiner Weise beabsichtigt.

Steuer- und Zolleinnahmen des Reiches im Juli 1930

WTB. **Berlin,** 28. Aug. (Tel.) Die Einnahmen des Reiches aus Besitz- und Verkehrssteuern betragen im **Monat Juli** (alle Angaben in Millionen Reichsmark) 756,1, aus Zöllen und Verbrauchsabgaben 340,9, insgesamt also 1097. Für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1930, also die **ersten vier Monate des neuen Rechnungsjahres,** stellen sich die entsprechenden Einnahmen auf 2243,4 bzw. 975,6, zusammen also auf 3218,9. Die Mehreinnahme gegenüber Juni erklärt sich durch die im ersten Quartalsmonat üblichen Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Die Mehreinnahme aus dem Zollaufkommen ist durch die im Juli stattfindenden Abrechnungen für Waren, die vom 1. Januar bis Ende Juni aus offenen Zollägern in den freien Verkehr übergeführt werden, hervorgerufen.

Wieder 10 russische Silberaufkäufer hingerichtet

WTB. **Moskau,** 27. Aug. (Tel.) 10 **Aufkäufer und Hehler** großer **Silbermünzenbeträge,** die sich, wie die Telegrahenagentur der Sowjetunion meldet, auch aktiv mit der Verbreitung **konterrevolutionärer Gerüchte** befaßten, wurden von der staatlichen politischen Verwaltung zum Tode verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt worden.

Die Lage in Peru

WTB. **New York,** 28. Aug. (Tel.) Nach den hier einlaufenden **Meldungen** aus **Lima** hat sich die Lage insofern geklärt, als General **Cerro** mit der Regierungsbildung beauftragt ist, und er dadurch zweifellos die Oberhand über die Militärjunta gewonnen hat. Die Meldungen, nach denen der frühere Staatspräsident **Leguia** im Sterben liegen soll, sind unzutreffend. Er ist lediglich erkrankt und befindet sich noch an Bord des Kreuzers „Almirante Gran".

Über den **Regierungsantritt General Cerros wird** aus Lima berichtet: Cerro, der Narben aus zwei früheren Revolutionen trägt, übernahm die Regierung gestern abend auf allgemeines Verlangen der Bevölkerung. Als er im Flugzeug in Lima eintraf, wurde er von einer gewaltigen Menschenmenge begeistert begrüßt. Seine Fahrt durch die Stadt gestaltete sich zu einem Triumphzug. Sein Wagen wurde mit Blumen überschüttet, während die Glocken der Kirchen läuteten.

Bombardement Pekings

WTB. **Peking,** 28. Aug. (Tel.) Zwei **Flugzeuge der Nankinger Regierung** warfen heute vormittag **sechs Bomben** auf die Tartaren- und die Kaiserstadt ab. Eine **einzige** explodierte im Innern der Tschinn-Menn-Toranlage (Kaisertor neben dem Gesandtschaftsviertel).

Die öffentliche Lebensmittelkontrolle

Die Lebensmittelkontrolle, die der Bevölkerung zu Ernährungszwecken zur Verfügung steht, ist eine der wichtigsten staatlichen und kommunalen Aufgaben. Schon zu einer Zeit, in der man im allgemeinen jedem behördlichen Eingriff in wirtschaftliche Vorgänge abgeneigt war, wurde ein Nahrungsmittelgesetz geschaffen, durch das die Konsumenten gegen Verfälschungen, übermäßige Preise, ungenügende Beschaffenheit der Nahrungsmittel usw. geschützt werden sollten. Eine der ersten Leistungen des im Jahre 1876 geschaffenen Reichsgesundheitsamtes war daher der Erlaß eines **Gesetzes betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen.** Dieses Gesetz von 1879 fußte auf der englischen Gesetzgebung und sollte einerseits den durch Verfälschungen verursachten Gesundheitsschädigungen, andererseits den betrügerischen Verringerungen der Waren entgegenwirken.

Dieses Reichsgesetz ist 48 Jahre lang in Kraft geblieben, allerdings durch Einzelgesetz, wie z. B. das Gesetz über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, das Gesetz über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, das Weingesetz, das Süßstoffgesetz usw. ergänzt worden. Nachdem das Gesetz lange Jahre genügt hatte, wurde im Jahre 1927 **ein neues erweitertes Lebensmittelgesetz** geschaffen. Es stellt sich insofern erweiterte Aufgaben, als es die menschliche Gesundheit vor **allen** Gefahren schützen will, die durch den Genuß verdorbener oder sonst irgendwie gesundheitsschädlicher Lebensmittel oder durch Benutzung gesundheitsschädlicher Gegenstände hervorgerufen werden können. Es stellt sich ferner die in gleicher Weise wichtige und umfassende Aufgabe, jede **Unlauterkeit im Lebensmittelverkehr zu bekämpfen,** also insbesondere die Verbraucher gegen die Belieferung mit **nachgemachten oder verfälschten** Lebensmitteln zu bewahren, insbesondere auch, wenn sie hierdurch finanziell übervorteilt werden. Dieser Schutz soll aber ferner auch dem **reellen Lebensmittelhandel** gewährt werden, der einwandfreie unverfälschte Waren herstellt und verkauft, und der gegen jede **unreelle Konkurrenz** eines Schutzes bedarf.

Die Bedeutung einer derartigen **Lebensmittelschutzgesetzgebung** ergibt sich ohne weiteres daraus, daß die breiten Massen der Bevölkerung einen sehr erheblichen Teil ihres Einkommens zur Beschaffung von Nahrungsmitteln aufwenden müssen, um so höher, je niedriger das Einkommen ist und je zahlreicher die Familien sind, die von diesem Einkommen leben müssen. Es ist darum Pflicht der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die in den Verkehr gebrachten Lebensmittel **unverfälscht** und in gesundheitlicher Hinsicht einwandfrei sind. Die Notwendigkeit eines derartigen gesetzlichen Schutzes und einer Nahrungsmittelkontrolle bedarf in einer Zeit der Surrogate und Ersatzmittel keiner näheren Begründung. Es ist aber auch ferner klar, daß gesetzliche Schutz- und Strafbestimmungen **allein** nicht genügen, sondern daß gleichzeitig eine strenge Lebensmittelkontrolle geübt werden muß. Schon das alte Nahrungsmittelgesetz von 1879 enthielt daher Bestimmungen über die polizeilichen Befugnisse für die vorbeugende Kontrolle im Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie einigen Gebrauchsgegenständen, wie Spielwaren, Tapeten, Eß-, Trink- und Kochgeschirren u. a. m. Diese **Nahrungsmittelpolizei** bildet einen wichtigen Teil der öffentlichen Hygiene. Ihre Aufgaben wuchsen, je mehr das Nahrungsmittelgesetz durch die verschiedensten Spezialgesetze ergänzt wurde.

Das neue „Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen" vom 5. Juli 1927 umfaßt 24 Paragraphen. Es gibt für den Erlaß von Verordnungen über den Lebensmittelverkehr durch die Reichsregierung unter Mitwirkung des Reichsgesundheitsrates wesentlich erweiterten Spielraum. In den Strafbestimmungen ist vor allem die Bestimmung neu und nicht unwichtig, daß solchen Geschäftsleuten, denen die erforderliche Zuverlässigkeit fehlt, die Führung eines Betriebes, der die Herstellung oder den Vertrieb von Lebensmitteln oder Bedarfsgegenständen sich zur Aufgabe macht, **ganz oder teilweise untersagt werden kann.** Ausländische Lebensmittel können gleich bei der Einfuhr untersucht werden, und es dürfen an sie hinsichtlich ihrer Unverfälschtheit oder gesundheitlichen Beschaffenheit keine **geringeren** Anforderungen gestellt werden als an die entsprechenden inländischen.

Die amtliche Lebensmittelkontrolle liegt heute in der Hand von **Untersuchungsanstalten,** die die Beschaffenheit der Lebensmittel in wissenschaftlicher Weise festzustellen vermögen. Sie können staatlichen oder kommunalen Charakter haben,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

können aber auch an Landwirtschaftskammern, Universitäts- und hygienische Institute angegliedert sein. Vorwiegend aber werden diese Anstalten von den **Städten** errichtet und verwaltet.

Neuer Kommunalskandal in Berlin

Wie der „Berl. Lokalanz." berichtet, ist bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige eingegangen, in der behauptet wird, daß die **Stadt Berlin** den jetzigen Besitzern des durch seine Baufälligkeit wertlosen Grundstücks Hebbelstraße 19, das diese bei der Zwangsversteigerung für 70 000 *RM* erworben haben bisher zu Renovierungszwecken mehr als eine halbe Million zur Verfügung gestellt habe, und daß weiter dieselben Leute zur Bebauung eines anderen für 170 000 *RM* angekauften Charlottenburger Geländes aus öffentlichen Mitteln 1 500 000 *RM* zugeschanzt erhalten haben. Die beiden Eigentümer ließen dann auch sowohl auf dem Grundstück Hebbelstraße 19 wie auf dem anderen Gelände Bauarbeiten durchführen, fanden aber für die von der Stadt erhaltenen 2 Millionen anderweitige Verwendung, bezahlten die Lieferanten, Handwerker und Arbeiter nicht, so daß jetzt von den Geschädigten Strafanzeige erstattet wurde.

Die Affäre wurde bekannt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Architekten Arthur **Wagner** und Ernst **Schaldach**, der Eigentümer des baufälligen Hauses und eines Gebäudekomplexes in der Wernigeroder Straße. Von den Gläubigern Schaldachs wird behauptet, daß es Schaldach nur dadurch gelungen wäre, so erhebliche Schulden aufzuhäufen, weil bei seinen Unternehmungen **städtische Beamte** angeblich ehrenamtlich beschäftigt gewesen wären.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin hat mitgeteilt, daß Schaldach aus öffentlichen Mitteln 1 472 300 *RM* für die Wohnungsbauten in der Wernigeroder Straße, und Wagner außerdem 342 000 *RM* für die Instandsetzung des Gebäudes in der Hebbelstraße erhalten hätten. Die 1 472 300 *RM* seien Wagner und Schaldach, die 342 000 *RM* nur Wagner bewilligt worden. Einzelne Lieferanten sind, wie in einer Gläubigersitzung erklärt wurde, in so verzweifelte Lage geraten, daß sie sich mit Selbstmordabsichten tragen. Nach Ansicht des „Lokalanzeigers" dürften die Lieferanten leer ausgehen, während die Stadt vielleicht einen Teil ihres Geldes retten kann.

Endlich internationaler Führerschein

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club teilt mit: Der bisher für Auslandsreisen vorgeschriebene internationale Fahrausweis rief oft Unannehmlichkeiten dadurch hervor, daß er nur auf ein bestimmtes Fahrzeug lautete, während zur Führung des Kraftfahrzeugs im Ausland höchstens zwei im Fahrausweis namentlich eingetragene Personen berechtigt waren. Ab 1. Oktober tritt darin eine wichtige **Neuregelung** ein. Der bisherige Fahrausweis wird durch zwei getrennte Dokumente ersetzt: 1. die internationale Zulassungsbescheinigung für Kraftfahrzeuge (tritt im Ausland an die Stelle der heimatlichen Wagenpapiere), 2. der internationale Führerschein.

Es hat jahrelanger Verhandlungen mit den zuständigen Behörden bedurft, um dieses lang herbeigesehnte Ergebnis (Ratifikation der internationalen Konvention vom 24. April 1926) zu erzielen. Die Komplikationen, die sich aus dem alten kombinierten internationalen Fahrausweis ergeben, werden nun verschwinden. Vom 24. Oktober 1930 bis 24. Oktober 1931 bleiben der alte internationale Fahrausweis und die neuen getrennten Dokumente nebeneinander gültig. Ab 24. Oktober 1931 werden nur die neuen Dokumente anerkannt.

Verbotene kommunistische Kundgebungen in Bayreuth. Alle aus Anlaß des 16. internationalen Jugendtreffens der KPD. in Bayreuth am 6. und 7. September und der Internationalen Jugendwoche vom 31. August bis 7. September 1930 von der kommunistischen Jugendvereinigung geplanten Kundgebungen und Veranstaltungen sowohl in geschlossenen Räumen als auch unter freiem Himmel sind verboten worden.

Festnahme von Landesverrätern in der Ostmark. Der Grenz- und Kriminalpolizei in **Neubentschen** ist es gelungen, im Kreis Fraustadt drei Reichsdeutsche des **Landesverrates zugunsten Polens** zu überführen und festzunehmen. Die Angelegenheit scheint noch weitere Kreise zu ziehen.

In einem Hochverratsprozeß gegen die drei Wilhelmshavener Kommunisten Walter, Arntjen und Wende wurden die beiden ersten Angeklagten zu einem Jahr, Wende zu 1 Jahr 6 Monaten Festungshaft wegen Verbreitung von Zersetzungsschriften verurteilt.

Arbeitsbeschaffungsprogramm und Arbeitsmarkt

Mitteilungen aus dem Reichsarbeitsministerium

Dieser Tage erschien in einem Berliner Blatt ein Artikel, der sich mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung befaßt und besagt, daß die Öffentlichkeit über den Fortgang des Arbeitsbeschaffungsprogramms vom Reichsarbeitsministerium nicht genügend unterrichtet worden sei.

Hierzu wird folgendes mitgeteilt: Das Reichsarbeitsministerium ist für diese Dinge nicht in der Weise zuständig und federführend, wie in der Öffentlichkeit vielfach angenommen wird. Für das Beschaffungsprogramm kommen in der Hauptsache das **Reichsverkehrs- und das Reichspostministerium** in Betracht. Das **Reichsarbeitsministerium** ist nur auf einem Gebiete federführend, dem des **Wohnungsbaues**. Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm sieht die Aufträge in einer Höhe von 200 bis 250 Millionen Reichsmark vor. Der Betrag steht noch nicht ganz fest, weil ein Teil der Mittel auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden soll. Man kann noch nicht sagen, inwieweit dort diese Mittel beschafft werden können.

Vielfach ist die Frage nach der mit dem zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm verbundenen **Neueinstellung von Arbeitskräften** erhoben worden. Der ganze Zweck des Programms ist ja die **Belebung des Arbeitsmarktes**. Deshalb ist den Firmen, die mit Aufträgen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm bedacht worden sind, die Verpflichtung auferlegt worden, daß erstens die Aufträge nicht in Überstunden ausgeführt werden dürfen, zweitens, wo neue Arbeitskräfte eingestellt werden, diese vom Arbeitsamt bezogen werden müssen, und drittens nach Möglichkeit **nur deutsches Material** verwendet werden darf. Die Forderung nach Einstellung neuer Arbeitskräfte kann aber nicht allgemein durchgeführt werden, weil viele Firmen vor der Notwendigkeit standen, stillzulegen, oder wenigstens kurz zu arbeiten. Diesen Firmen kann nicht zugemutet werden, neue Arbeitskräfte einzustellen.

Eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm liegt insofern vor, als ohne die **Zusatzaufträge** die Firmen zahlreiche Arbeitskräfte hätten entlassen müssen. Nur im Bauprogramm werden die zusätzlichen Aufträge zu einer größeren Zahl von Neueinstellungen führen.

Die Lebensdauer der Reichsregierungen

Von den 17 Kabinetten, die in der deutschen Republik bisher gebildet wurden, konnten fünf ein Jahr lang oder länger im Amte bleiben. Am kürzesten war die Amtsdauer der beiden Kabinette Stresemann, die zusammen nur etwas über drei Monate dauerten, und ferner das erste Kabinett Müller der Weimarer Koalition. Am längsten dauerten die beiden vorletzten Kabinette, und zwar das dritte Kabinett Marx, in dem die Deutschnationalen mitregierten, und am längsten das Kabinett Müller, das sich 20 Monate halten konnte. Insgesamt haben in den 17 Kabinetten 10 Reichskanzler amtiert, von denen noch sieben leben. Die längste Dauer regierte der Zentrumsführer Marx mit seinen drei Kabinetten, insgesamt drei Jahre, nach ihm Müller mit seinen zwei Kabinetten insgesamt 23 Monate, und dann Wirth, der derzeitige Reichsinnenminister, 18 Monate. Der Volksparteiler Luther regierte 16 Monate mit zwei Kabinetten. Am kürzesten war Scheidemann während der Dauer der Nationalversammlung im Amt, dann Stresemann im Jahre 1923, der ebenfalls nur vier Monate als Reichskanzler tätig war, nachher aber bis zu seinem Tode das Außenministerium des Reiches inne hatte.

Die Deutsche Bauernpartei tritt auch in Hessen-Nassau auf

Die bisher nur in Bayern zur Geltung gekommene Deutsche Bauernpartei beabsichtigt, jetzt auch in **Hessen-Nassau** in den Wahlkampf einzutreten und hat bereits eine eigene Liste aufgestellt. An der Spitze dieser Liste steht der Bürgermeister von Ober-Ellenbach im Kreise Rosenburg, Cornelius Trieschmann, der als demokratischer Abgeordneter der Nationalversammlung angehörte; ferner Landwirt und Kreistagsabgeordneter Nau aus dem Kreise Marburg, sowie der bisherige Reichstagsabgeordnete der Deutschen Bauernpartei, A. Hillebrand.

Das Luftschiff **„Graf Zeppelin"** machte am Mittwoch, wie gemeldet, eine neunstündige Fahrt durch die Schweiz. Zu dieser Fahrt war das Luftschiff vom Fürsten zu Fürstenberg für sich und für von ihm geladene Gäste gechartert worden. „Graf Zeppelin" landete abends 6.55 Uhr wieder glatt auf dem Werkgelände.

Gegen Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung

Die äußerst gespannte Finanzlage des Reichs macht es erforderlich, daß sich die Öffentlichkeit mehr als bisher den Arbeitsämtern für die **Bekämpfung der Mißbräuche** auf dem Gebiete der **Arbeitslosenversicherung zur Verfügung** stellt. Die erst kürzlich erfolgte Erhöhung des Beitrags zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf 4½ Proz. und die Zuschüsse des Reichs werden dringend notwendige Sanierung der Reichsanstalt nur dann herbeiführen, wenn gleichzeitig mit allen Mitteln dem unberechtigten Bezuge von Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützung entgegengearbeitet wird. Andernfalls ist eine weitere Erhöhung des Beitragssatzes und eine weitere Belastung der Öffentlichkeit mit neuen Steuern unvermeidlich.

Die **Mitwirkung der Öffentlichkeit** muß sich vor allem darauf erstrecken, den Arbeitsämtern alle diejenigen Fälle zur Kenntnis zu bringen, in denen Arbeitslose neben dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung einer entlohnten Beschäftigung, sei es auch nur einer solchen gelegentlicher Natur, nachgehen. Es müssen ferner die Fälle gemeldet werden, in denen Unterstützungsempfänger die Möglichkeit haben, sich auf eigenem Grundbesitz oder im eigenen Gewerbebetriebe bzw. im Betriebe von Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt vorübergehend zu erwerben, sodann diejenigen Fälle, in denen bekannt ist, daß Unterstützungsempfänger irgendeine Rente, Pension oder dergl. beziehen oder der Ehegatte eines Unterstützungsempfängers über ein laufendes Einkommen verfügt, und schließlich diejenigen Fälle, in denen der Verdacht besteht, daß Arbeitnehmer mit Arbeitgebern Scheinarbeitsverhältnisse lediglich zu dem Zweck eingegangen sind, um das, was ihnen an der verschärften Anwartschaft von 52 Wochen fehlt, aufzufüllen.

Eine weitere wesentliche Hilfe können die Arbeitgeber den Arbeitsämtern dadurch leisten, daß sie diesen zwecks Erleichterung der Kontrolle der Unterstützungsvoraussetzungen alle **offenen Stellen** melden, daß sie ferner bei Ausstellung der Arbeitsbescheinigungen die größte Sorgfalt verwenden, insbesondere über den Entlassungsgrund genau und erschöpfende Angabe machen. Jede Ungenauigkeit oder Unvollständigkeit kann hier zur Folge haben, daß unberechtigt oder zu hoch bemessene Arbeitslosenunterstützung gezahlt und dadurch das Vermögen die der Reichsanstalt geschädigt wird. Außerdem setzt sich ein Arbeitgeber, der z. B. Entlassung wegen Arbeitsmangel bescheinigt und gleichzeitig neue Arbeitskräfte der gleichen Kategorie sucht, oder der unrichtige Angaben über Beschäftigungsdauer und Lohnhöhe macht, der Gefahr aus, vom Staatsanwalt wegen Beihilfe zum Betrug verfolgt und von der Reichsanstalt wegen Schadenersatz belangt zu werden.

Die Krise in Bayern

Die **sozialdemokratische Landtagsfraktion** veröffentlicht nun das Schreiben an den Landtagspräsidenten, das ihre grundsätzliche **Bereitwilligkeit zur Bildung einer neuen Regierung** ausdrückt. Die Fraktion wendet sich gegen die bayerische Finanzpolitik. Der Fehlbetrag des laufenden Haushaltjahres dürfe nicht für sich allein betrachtet werden. Er sei nur ein Glied in den Ketten der seit 1925 angehäuften Fehlbeträge, die bis heute insgesamt über 150 Mill. Reichsmark ausmachen. Zur Abgleichung des Defizits für 1930, über das die Regierung Held sich mit den Parteien nicht einigen konnte, schlägt die SPD. die endliche Inangriffnahme einer grundlegenden Vereinfachung und **Verbilligung der Staatsverwaltung** und weitere Einsparungen im Staatshaushalt auch bei den sogenannten Leistungen des Staates an die Religionsgesellschaften vor. Weiter verlangt sie ein weitgreifendes Arbeitsbeschaffungsprogramm und rascheste Inangriffnahme eines neuen Landeswahlgesetzes.

Nach ihren bisherigen Kundgebungen ist nicht zu erwarten, daß die **Bayerische Volkspartei** sich nun schon auf eine Kürzung der Zuwendungen an die katholische Kirche einläßt. Das weiß auch die SPD. Insofern kommt ihrem Angebot zur Regierungsneubildung **mehr formell-taktische als praktische Bedeutung** zu. Offensichtlich besteht die Absicht, erst die **Reichstagswahlen abzuwarten** und dann erst ernstlich zu verhandeln.

Spanien leidet zur Zeit unter einer **Hitzewelle.** In **Madrid** stand das Thermometer am Dienstag auf 50 Grad Celsius, und ebenso hoch stand es fast überall in der Provinz. In den ersten Nachtstunden wehte in Madrid ein sehr heftiger Wind, der viele Schornsteine umwarf. Die Feuerwehr wurde mehrere Male alarmiert, um im Entstehen begriffene Brände zu löschen.

Sommeroperette im Karlsruher Konzerthaus

„Miß Chocolate" betitelt sich das Werk, das **Direktor Hans Norden** gestern abend im Konzerthause als Novität brachte. „Miß Chocolate", Jazz-Operette, verdient auch diesen Namen. Es quirlt, tanzt, jazzt und hüpft nur so durcheinander. An die Handlung selbst stellt ja das Publikum bei solchen Werken keine allzu großen Ansprüche; die Hauptsache — man lacht herzerfrischend, amüsiert sich ausgezeichnet und freut sich, daß der Schluß genau so wird, wie man es erwartete: Die hübsche Bibby erhält die Millionen ihres verstorbenen Freundes; dazu den gewünschten Schatz, und die Verwandten des Verstorbenen finden sich schnell und leicht mit diesem Schicksal ab.

Die Aufführung ging flott vonstatten, dank einer glänzenden Regie. Die zahlreichen Tanzeinlagen — tadellos einstudiert von **Cilla Herrmann** — klappten vorzüglich. Zeitweise glaubt man sich in eine große „Revue" versetzt. Die Gäste, **Lotte Ferry** als **Bibby** und **Hans Steilau** als **François**, boten ausgezeichnete Leistungen. Ihr Walzerduett im zweiten Akt, „Komm wir tanzen ins Glück, wir zwei", gefiel ganz besonders. **Othmar Lukacs** als **Pickard, Hans Hofer** als **Notar Lemond** waren ebenfalls recht gute Figuren. **Leo Macher** als **Detektiv Watson,** Briefträger und Kellner, sowie **Hertha Jensen** als Sekretärin **Denise** des Notars und als Zofe der Bibby ernteten, wie immer, lebhaften Beifall, ganz besonders im zweiten Akt mit ihrem Tanzduett: „Über'n Sonntag such' ich eine Liaison".

Den Vogel abgeschossen aber an Komik, Lacherfolg und Beifall haben diesmal ohne Zweifel **Direktor Norden** und **Olly Stüwen** als die erblüsternen, traurigen, heimlich aber schon sich freuenden Monsieur und Madame **Tiburtius** und **Leontine Palpetier.** Schon ihr Auftrittsduett im ersten Akt: „Ein bisserl Geld im Sack", entfesselte wahre Beifallsstürme. Und obwohl Madame Palpetier zwei „Schneuztücher" in ihrem Schmerze um den „lieben" Verstorbenen naßweinte, sind sicher beim Publikum noch mehr Lachtränen geflossen; desgl. bei dem Duett zwischen ihr und dem Monsieur Pickard im zweiten Akt: „Wenn Dir ein Mann".

Das Werk ist von **Hans Regino von Nack** und **Rudolf Stadler.** Die Musik von dem Dirigenten unserer Sommeroperette, **Dr. Bernh. Grün,** der auch selbst dirigierte und mehrfach hervorgerufen wurde. Er war auch mit seinem Orchester wieder ganz bei der Sache und auf der Höhe der Situation. Er und die Hauptdarsteller, besonders **Olly Stüwen, Direktor Norden** sowie der Regisseur **Paul von Wimpfen,** wurden am Schlusse mit Bergen von Blumen geradezu überschüttet. Der Beifall des Publikums war reichlich und herzlich. Nr.

In 8 Jahren um die Welt

In 8 Jahren? — werden manche erstaunt fragen. Das ist doch heute im Zeitalter des Rekords nichts Besonderes. Ein Zeppelin macht das in 21 Tagen. Aber wenn eine junge Frau, die auszieht mit dem Drang in die Ferne, mit der Sehnsucht des Entdeckers, ohne nennenswerte Geldmittel, nur gestützt auf ihre eminenten Sprachkenntnisse, ihre Energie und ihr Anpassungsvermögen, 8 Jahre lang um die Welt reist, nicht auf der Straße der Vielen, abseits der Touristenplätze, im Zwischendeck unter Schwarzen, Gelben und Mischlingen, ihren Lebensunterhalt erarbeitend, und bei allen Leiden und Entbehrungen, oft enttäuscht, krank und elend, immer mit offenen Augen, immer bereit, zu lernen, aufzunehmen und zu schauen — so ist das doch etwas Besonderes, ein Rekord sozusagen. Wenn man das neue, spannungsreiche Buch von **Alma M. Karlin „Im Banne der Südsee.** Die Tragödie einer Frau" (384 Seiten Text, in Ganzleinen gebunden 6,50 *RM*, Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W.) liest, so muß sich die Bewunderung ihrer erstaunlichen Leistung, die schon ihr erstes Werk „Einsame Weltreise" erweckte, noch steigern; denn wo ist der Forscher, der Ähnliches leistete? Die Südsee, sonst die Domäne von Männern — Jack London und Stevenson erzählen von ihren Geheimnissen und ihrem Zauber — in ihr hat Alma M. Karlin 2 Jahre gelebt, unter Menschenfressern, auf einsamen, weltentlegenen Inseln, bei Pflanzern, die kaum je einen anderen Weißen sehen; im Eingeborenen-Kanu, allein unter einem Dutzend nackter Wilder, fährt sie von Insel zu Insel, Wilde verfolgen sie, sie ist todkrank, oft bereit zu sterben . . . aber sie kommt durch, und wenn es auch Gesundheit und Illusionen kostet. Über den Malaiischen Archipel, Niederländisch-Indien, Birma gelangt sie nach Indien, dem Wunderland. Inmitten der fremden Völker lebend, begabt mit großem Einfühlungsvermögen, erschließt sich Alma M. Karlin die Seele der Völker. Anders als in anderen Reisebeschreibungen ist hier die Atmosphäre der Landschaft und der fremden Völker eingefangen. Und was das Reizvollste ist an dem ganzen dickleibigen Buch, es spricht aus ihm ein Mensch, eine ungewöhnliche Persönlichkeit, so daß das Wie ihrer Erzählung beinahe noch fesselnder ist als das, was sie berichtet. Das Grundproblem des Lebens, der Gegensatz zwischen Mensch und Welt, es spiegelt sich wieder in diesem Reisewerk, das ein Abbild des Lebens selbst ist, und dessen beide Teile „Einsame Weltreise" und „Im Banne der Südsee" mit Recht den gemeinsamen Titel führen „Welterleben und Welterleiden". (720 Seiten Text. 2 Ganzleinenbände 11 *RM*.)

Gestaltungskraft der Frau

In jeder Frau ist schöpferische Gestaltungskraft, mehr oder minder geweckt, vorhanden. Wie weit sie es bringt, das hängt vom „Talent" ab, von der Vorstellungskraft und der Darstellungsfähigkeit, der Ausdauer und der Lebendigkeit, der Intensität der sinnlichen Wahrnehmung, zuletzt auch noch vom Geschmack (der aber durchaus erziehbar ist!). Das alles hat seine besondere Gültigkeit für das schöne, große Gebiet der **Nadelkünste,** namentlich der Stickerei. Als Grundsatz bei der Arbeit kann für den Anfänger und den Fortgeschrittenen stets gelten: immer **einfacher** werden! Sich auf Material, Struktur, Technik konzentrieren! Lieber nur aus dem Material heraus eine kleine Kante, einen Zierstich arbeiten. Denn meistens sind die Gegenstände für den Gebrauch bestimmt, und als solche sollen sie vor allem praktisch sein. . . . In ihrer Vollendung aber entzücken die Gebilde der Nadelkünste durch den Zauber der in ihnen waltenden **weiblichen Wesenskräfte.** Die Denkungs- und Fühlart von Frauen verdichtet sich hier in schöpferischer Besinnlichkeit zur Gestalt. Je mehr sich die stickende Frau jenseits der bewußten Absicht stellt, je mehr sie sich bei der Arbeit den still-wachstümlichen und formfindigen, traumhaft einschließenden Ausdruckstrieben überläßt, desto mehr werden die Leistungen zu Kräftebildern der Seele, zu etwas organisch Lieblichem, zu Gebilden, die nicht nur das Auge durch ihren Reiz locken, sondern auch Seele und Geist durch ihren weiblichen Wesenszauber gefangennehmen.

Mit diesen Ausführungen von Hanne Nüte-Kämmerer und Hans Schiebelhuth begleitet das **Juliheft** der bekannten Frauenkunstzeitschrift **„Stickereien und Spitzen"** (Verlagsanstalt Alexander Koch, Darmstadt) die reichhaltige Veröffentlichung neuer Stickerei. Es zeigt Pyjamas, Kinderkleider, Tea-Gowns, Tülldecken, Kissen, Voiledeckchen, Deckchen in Tülldurchzug, Weißstickerei, Applikation, Seidenvorhänge, Wiegenschleier von Meisterinnen der Stickkunst wie Käte Louise Rosenstock, Lilli Jacker, Marie Nepper, Hanne Nüte-Kämmerer, Elsi Köhler, Trude Schwarz u. a. Dazu viele anregende Textbeiträge wie: „Traum, Kunst und Kunstmittel", „Beiträge zur Stickkunde", „Wie ich sticke", „Schöpferische Besinnlichkeit", „Die Suggestion des Motivs", „Kunst und Seele". „Lob des Zufalls" u. a. m.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wie Riesenstädte verwaltet werden

Die Verwaltung der Viermillionenstadt Berlin bereitet seit vielen Jahren den Verwaltungspraktikern viel Kopfzerbrechen. Eine Lösung des Problems, eine Stadt von der Größe Berlins durch eine zentrale Verwaltung billig und wirtschaftlich zu verwalten, hat bis jetzt noch nicht gefunden werden können. Nachdem man es zuerst mit einer **dezentralisierten** Verwaltung von Groß-Berlin in Form eines Zweckverbandes versucht hatte, ist dann im Jahre 1920 **die einheitliche Stadtgemeinde Berlin** geschaffen worden. Man hat aber die **Bezirksverwaltungen** bestehen lassen, deren Selbständigkeit dann zu einer allzu starken Vermehrung der Ausgaben geführt hat. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß man sich die Erfahrungen **anderer** Riesenstädte hinsichtlich ihrer Verwaltung zunutze zu machen versuchen will. Man hat deshalb die kommunalen Einrichtungen von Weltstädten, wie Paris, London, New York, studiert, ohne freilich dabei wesentlich neue Lösungen des Problems zu finden.

Paris kommt schon deswegen als Vorbild nicht in Betracht, weil es dort eine Selbstverwaltung im deutschen Sinne nicht gibt. Paris wird trotz seiner riesenhaften Entwicklung von einem **staatlichen Präfekten** schlecht und recht verwaltet. Das Prinzip der dezentralisierten Selbstverwaltung liegt dagegen der Verwaltung von **London** zugrunde. Hier gibt es keine einheitliche Stadtgemeinde, sondern einen **Zweckverband** von 28 selbständigen Städten, die zu der „Grafschaft London" zusammengefügt sind. Die Grafschaft erfüllt aber nur die **gemeinsamen** kommunalen Aufgaben und erhebt zu ihrer Finanzierung eine Umlage. Die übrigen Aufgaben bleiben den einzelnen Grafschaftsstädten überlassen, die ihrerseits wiederum eigene Steuern erheben. Die Wohlfahrtslasten sind jedoch seit dem vorigen Jahre auf die zentrale Grafschaftsverwaltung übertragen worden, damit die Lasten zwischen den von einer sehr verschieden wohlhabenden Bevölkerung bewohnten Einzelstädten gleichmäßig verteilt werden können. Schon hieraus erkennt man, daß die Zweckverbandsverfassung auch in London nicht immer zufriedenstellend funktioniert, da bei ihr offenbar die Arbeiterbezirke stärker als die Bezirke mit wohlhabender Bevölkerung steuerlich belastet werden, soweit eben die einzelnen Aufgaben nicht schon zentralisiert sind.

In **New York** ist die Zentralverwaltung der Stadt in fünf Oberbezirke eingeteilt, die ihrerseits wieder in 25 Unterbezirke zerfallen. Das Schwergewicht der Verwaltung liegt hier jedoch bei der Zentrale, die ihrerseits den Oberbezirken bestimmte Aufgaben überträgt, und zwar teils in eigener Verantwortung, teils als Auftragsangelegenheiten nach Anweisung der Zentrale. Die Unterbezirke sind erst recht nur ausführende Organe der Oberbezirke.

Die englischen und amerikanischen Riesenstädte haben deswegen mit geringeren Schwierigkeiten zu kämpfen als Berlin, weil es in diesen Ländern eine so weitgehende Selbstverwaltung wie bei uns in Deutschland eben nicht gibt. In Berlin aber besteht die Aufgabe gerade darin, eine **Selbstverwaltung** der übermäßig großen Gesamtgemeinde zu schaffen, ohne daß die Verwaltungsausgaben übermäßig hoch werden und ohne daß die in Deutschland geschichtlich gegründeten Selbstverwaltungsrechte der Bürgerschaft in den einzelnen Stadtbezirken allzusehr eingeschränkt werden. Dieses Problem scheint freilich fast unlösbar zu sein.

Verminderte Schuldenzunahme in den Großstädten

Während die Schulden der Großstädte im vorigen Jahre eine starke Zunahme erfahren haben, hat sich das Anwachsen der Kommunalverschuldung im ersten Vierteljahre 1930 **nicht mehr im gleichen Tempo** fortgesetzt. Der Schuldenstand der Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern erhöhte sich in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1929 um 234,6 Millionen Reichsmark, in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1930 um 153,5 Millionen Reichsmark. Die Gesamtsumme der Großstadtschulden betrug nach den Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik am 31. März d. J. 4597 **Millionen Reichsmark.** Das bedeutet, daß **auf jedem Großstadtbewohner,** Frauen und Kinder mit eingerechnet, im **Durchschnitt eine Schuldenlast von mehr als 272 *RM* ruht.**

Die Verlangsamung der Schuldenzu**nahme** dürfte vor allem eine Folge der vom Deutschen Städtetag und den kommunalen Sparkassenorganisationen Ende vorigen Jahres eingeleiteten **Umschuldungsaktion** sein. Zehn Städte haben im ersten Vierteljahr 1930 sogar ihre Schulden um insgesamt 12 Millionen Reichsmark **vermindert,** während freilich bei 34 Städten sich die Schulden noch um insgesamt 166 Millionen Reichsmark erhöhten. Die neu aufgenommenen Schulden sind nahezu ausschließlich im **Inlande** eingegangen worden. Die Kreditbedingungen haben sich ein wenig gebessert. Bemerkenswert ist aber, daß nur 68 Millionen Reichsmark neue Schulden **langfristig** aufgenommen worden sind, dagegen 82 Millionen Reichsmark mittel- oder kurzfristig. Der Anteil der **langfristigen** Kredite ist jedoch im Monat März wieder bedeutend gestiegen. Von den am 31. März 1930 vorhandenen Inlandsschulden der Großstädte waren 1,48 Milliarden Reichsmark langfristig, dagegen 1,52 Milliarden mittel- oder kurzfristig. Es waren also nicht weniger als 1½ Milliarden Reichsmark mittel- und kurzfristige Schulden vorhanden.

Frauen- und Kinderhandel

Das Komitee, das eine Untersuchung über den Frauen- und Kinderhandel im Orient durchzuführen hat, trat in **Genf** erstmals unter dem Vorsitz von **Regnauld** (Frankreich) zusammen. In seiner Eröffnungsansprache stellte der Vorsitzende das Interesse fest, welches die Öffentlichkeit der ganzen Welt am Kampfe gegen den schändlichen Frauen- und Kinderhandel nimmt. Im Namen des Komitees sprach er der Abteilung für Sozialhygiene der Rockefeller-Stiftung den Dank für die großzügige Spende von 125 000 Dollar aus, durch welche die Untersuchung des Komitees ermöglicht wird.

Das Komitee wird sich in seiner jetzigen Session mit der Organisation der durchzuführenden Untersuchung und dem Reiseplan für die Untersuchungsreise einer aus drei Mitgliedern zusammengesetzten Kommission beschäftigen. Der Vorsitzende stellte weiter fest, daß alle Fragen, die sich auf die Organisation der Untersuchung beziehen, im Interesse derselben wegen der zu erwartenden Unzuträglichkeiten nicht öffentlich behandelt werden könnten. Alle Sitzungen sollen geschlossen abgehalten werden, jedoch sollen die Ergebnisse der Untersuchung nach Abschluß in ausführlicher Weise veröffentlicht werden.

Neue Maßnahmen in Indien

WTB. **Kalkutta,** 28. Aug. (Tel.) Der **allindische Arbeitsausschuß des Nationalkongresses** ist in der ganzen Provinz Bengalen **verboten** worden.

Gestern nachmittag wurden die ersten Verhaftungen von **mohammedanischen Frauen** vorgenommen, die im Zusammenhang mit der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams zu verzeichnen sind. Zwei Töchter des Professors Abdur Rahim, eines Mitgliedes des allindischen Kongreßausschusses, wurden wegen Boykottpostenstehens vor Tuchläden verhaftet.

Wie aus **Delhi** gemeldet wird, sind alle Mitglieder des **Exekutivkomitees des allindischen Kongresses** verhaftet und zu **einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe** verurteilt worden.

Kurze Nachrichten

Der Entwurf zur Reichsreform. Der Entwurf über die Reichsreform, der, wie gemeldet, aus Kreisen der Länderkonferenz stammt, stellt eine private Arbeit der Ministerialdirektoren **Brecht** und **Poetzsch-Heffter** dar, die beide der Länderkonferenz angehören. Der Entwurf ist sämtlichen Mitgliedern der Länderkonferenz zugestellt worden. Eine Beratung des Kabinetts über diesen Entwurf ist zunächst noch nicht vorgesehen.

Deutsches Wahlrecht für Österreicher? Der Obmann der österreichischen Großdeutschen Volkspartei, Minister a. D. Dr. Schürff, hat die nationalen Parteien des deutschen Reichstags ersucht, bei Behandlung der Reichstagswahlreform für die Zuerkennung des Wahlrechtes an die **im Deutschen Reich lebenden Deutschösterreicher** einzutreten. Die Großdeutsche Volkspartei Österreichs setzt sich für das gleiche Recht der in Österreich lebenden Reichsdeutschen ein und wird bei der in Aussicht genommenen Reform des österreichischen Wahlrechts auch dafür eintreten.

Fremde Militärattachés und deutsche Manöver. In Paris beklagt man sich darüber, daß sämtliche Militärattachés der fremden Staaten von Deutschland Einladungen zu den Manövern erhalten hätten, außer diejenigen Frankreichs, Belgiens und Polens. In Berlin wird erklärt, daß man deutscherseits bei der Zulassung der Militärattachés der Staaten, die gegen Deutschland Krieg geführt haben, die Einladung deutscher Vertreter zu den fremden Manövern abwarte. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien haben deutsche Militärattachés zugezogen. Daraufhin sind die Militärattachés dieser Staaten zu den deutschen Manövern eingeladen worden. Frankreich, Belgien und Polen haben dies noch nicht getan.

Die Fahrt des Zeppelin über Böhmen. Anläßlich der in einem Teil der tschechischen Presse erhobenen Beanstandungen, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" auf seiner letzten Fahrt die **Skodawerke** in **Pilsen** überflogen habe, erklärte der Leiter des tschechischen Luftfahrtwesens, Dr. **Roubik,** obwohl nach den zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland abgeschlossenen Luftverkehrsvertrag keine Bewilligung einzuholen gewesen wäre, sei die Fahrt des „Graf Zeppelin" rechtzeitig angemeldet worden. Verbotene Zonen gebe es in der Tschechoslowakei nicht. Das Luftschiff habe, wohin es wollte, fliegen können.

Strittige Wasserkraftprojekte in Tirol. Durch das Drängen der Tiroler Landesregierung ist der Streit um die Westtiroler Wasserkräfte von neuem entbrannt. Es handelt sich um den Kampf zwischen der von der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft und der Kreditanstalt geführten Gruppe und dem vom Bankverein vertretenen Projekt, an dem das RWE. und die Siemens-Schuckert-Werke mit dem Schweizerischen Elektrotrust beteiligt sind. Die Tiroler Landesregierung setzt sich für das Letztgenannte ein, wogegen die Escompte-Gesellschaft „wirtschaftspatriotische" Einwände erhebt. Das Ergebnis des neuen Streites ist, daß noch in diesem Sommer beide Pläne behandelt werden sollen.

Ein Urteil gegen Danzig. Der Haager Weltgerichtshof verkündete sein Urteil über die ihm vom Völkerbund vorgelegte Frage, ob die Freie Stadt Danzig als Nichtmitglied des Völkerbundes der **Internationalen Genfer Arbeitsorganisation** beitreten könne. Die Frage wurde mit 6 gegen 4 Stimmen ablehnend beantwortet. Der Mitgliedschaft müsse eine separate Regelung Danzigs mit Polen vorhergehen, was eine Änderung des juristischen Status Danzigs einschließe, die als solche der Jurisdiktion des Völkerbundes unterliege. In Danzig hat das Urteil starkes Befremden hervorgerufen.

Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen

Auf der letzten Sitzung des Generalrats des Internationalen Gemeindeverbandes in Antwerpen hat Oberbürgermeister Dr. **Delius,** Wesermünde, interessante Ausführungen über die **internationale** Verbreitung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen gemacht.

Während in Belgien, Deutschland, England und der Schweiz diese Unternehmungsform, bei der bekanntlich öffentlicher und privater Besitz sich mischen und zusammenwirken, immerhin schon etwa 30 Jahre lang angewendet wird, hat sie in Frankreich, Holland, Ungarn, der Tschechoslowakei und anderen Ländern erst in den letzten Jahren größere Verbreitung gefunden. In der Regel werden die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in der Form von **Aktiengesellschaften** geführt, wobei die Aktien teilweise im Besitz öffentlicher Körperschaften, teilweise im Besitz privaten Kapitals sind. In **Deutschland** sind die Städte im allgemeinen bestrebt, in denjenigen gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen sie sich beteiligen, eine **qualifizierte Mehrheit** zu erhalten. In manchen Ländern ist der **überwiegende** Einfluß der Kommunen in den gemischtwirtschaftlichen Betrieben sogar gesetzlich festgelegt. Bedeutungsvoll ist diese Unternehmungsform fast überall **nur auf einigen Wirtschaftsgebieten,** nämlich in der Erzeugung von Elektrizität, Gas und Wasser sowie im Verkehrswesen. Infolge der **überlokalen,** größere Landesteile umfassenden Entwicklung der Elektrizitätsversorgung ist sie für diese zweifellos die **geeignetste** Organisationsform. Sie ist ein Mittelding zwischen der früher meist üblichen Konzessionierung oder Verpachtung derartiger Versorgungsbetriebe und dem reinen Regiebetriebe, dem oft die notwendige **Wirtschaftlichkeit** der Geschäftsführung fehlt. Bei ihr sind öffentliches Interesse und Wirtschaftlichkeit nach Möglichkeit **vereint.** Wo Privatkapital zur Finanzierung öffentlicher Versorgungsbetriebe herangezogen werden muß, oder wo diese in räumlicher Hinsicht größere Bezirke als den einer Gemeinde erfassen, da ist die gemischtwirtschaftliche Unternehmung die gegebene Organisationsform.

Der Wohnungsbestand Anfang 1930

Das Statistische Reichsamt hat unter Zugrundelegung der Ergebnisse der **Reichswohnungszählung** 1927 und unter laufender Berücksichtigung der Bautätigkeitsstatistik eine Bestandsaufnahme der Wohnungen im gesamten Deutschen Reich (jedoch ohne das Saargebiet) fertiggestellt. Es ergibt sich dabei ein **Bestand von insgesamt rund 15,8 Millionen Wohnungen.** Hiervon sind rund 2,18 oder 13 Prozent **Neuwohnungen;** das bedeutet, daß sie erst nach dem 1. Juli 1918 hergestellt worden sind. Der Rest sind **Altwohnungen,** deren Zahl sich naturgemäß infolge Abnutzung und Überalterung von Jahr zu Jahr vermindert. Hiernach entfällt in ganz Deutschland auf je **vier Einwohner ungefähr eine Wohnung.**

Der **Neu**wohnungsbestand hat infolge der starken Bautätigkeit der letzten Jahre erheblich an Bedeutung für die Unterbringung der Bevölkerung gewonnen. Von den 64 Millionen Einwohnern Deutschlands lebten etwa 9 Millionen, das sind 14 Prozent, Anfang 1930 in neu errichteten Wohnungen. Von diesen sind nach vorläufigen Ermittlungen etwa 35 Prozent Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Wohnräumen (einschl. Küche). Es zeigt sich ferner, daß die **Bautätigkeit** in den **kleinen und mittleren Städten verhältnismäßig reger war als in den Großstädten.** Besonders Berlin bleibt hinsichtlich der Bautätigkeit weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Was die einzelnen Landesteile anbetrifft, so ist die Zahl der Neubauwohnungen besonders groß in der Grenzmark Posen-Westpreußen, in Oberschlesien, in Westfalen, in Württemberg und in Hessen, besonders niedrig dagegen in Braunschweig, Mecklenburg, Berlin und Sachsen.

Selbstmord durch Sturz aus dem Flugzeug

beging am Mittwoch aus 1000 Meter Höhe auf der Flugstrecke Frankfurt a. M.—Erfurt eine in Frankfurt a. M. zugestiegene Dame, Frau **Amlinger.** Der Körper der Selbstmörderin, deren Gatte vor einigen Tagen durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist, fiel beim Dorf **Kilianstädten** etwa 25 Schritt von einem Landwirt entfernt nieder. Obgleich in der Kabine des Flugzeuges noch weitere drei Fluggäste sich befanden, blieb sonderbarerweise der Vorfall im Flugzeug unbemerkt. Ihr Mann war der Herrenreiter und Jagdflieger Oberleutnant Amlinger. Die Nachforschungen haben ergeben, daß die Unglückliche tatsächlich keinen anderen Wunsch hatte, als den gleichen Tod zu sterben, den ihr Mann vor einigen Tagen bei einem Flugzeugabsturz in Rußland gefunden hatte. Sie wollten ihren Gatten, der heute, Donnerstag, in Berlin feierlich beigesetzt werden sollte, nicht überleben und dürfte nun in einem gemeinsamen Grabe mit ihm beigesetzt werden. Der Landwirt, der als erster den Absturz der Frau Amlinger beobachtete, und in dessen unmittelbarer Nähe sie auf den Acker niederstürzte, hat einen schweren Nervenchock erlitten. Die Staatsanwaltschaft wird sich noch eingehend mit der Angelegenheit beschäftigen, insbesondere um festzustellen, wie es möglich war, daß Frau Amlinger das Flugzeug verlassen konnte, ohne von den anderen Passagieren bemerkt zu werden.

Kleine Chronik

Ein mit der **Fürstin von Waldburg-Zeil,** der Gräfin **Gabriele** und dem Grafen **Elz** besetztes und von Graf **Konstantin** von Waldburg gesteuertes Auto geriet auf der Straße von Wangen nach Ravensburg (Württemberg) ins Schleudern und fuhr über die Straßenböschung. Dabei wurden die Insassen aus dem Wagen geschleudert. Die Fürstin erlitt tödliche Verletzungen. Die übrigen Insassen kamen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davon.

Der Direktor der Chemischen Fabrik Billwärder, Artur **Nathan,** der am 8. August aus dem FD-Zug Berlin—Hamburg stürzte, hat nach dem Ergebnis der Untersuchung Selbstmord begangen. In seinem Notizbuch wurde eine Eintragung gefunden, in der der Schnittpunkt der beiden entgegenkommenden FD-Züge zeitlich und örtlich genau festgelegt war. Weiter konnte festgestellt werden, daß er von der Michael-Industrie-AG., die die Chemische Fabrik Billwärder kontrolliert, schwere Vorwürfe wegen der Führung einer dänischen Fabrik erhalten hatte.

Auf dem Laubengelände an der sogenannten Moosvilla in **Nowawes** bei Potsdam wurde heute, Donnerstag, morgen **zwei Frauen** von einem anscheinend **geisteskranken Mann erschossen.** Der Mörder hat sieben bis acht Schüsse abgegeben, die sofort tödlich wirkten. Die Personalien der Erschossenen konnten noch nicht festgestellt werden. Der Täter soll ein Verwandter der Erschossenen sein.

In **Plauen i. V.** wurde der Ingenieur Ernst **Schmidt** und seine Frau festgenommen, als sie von einer Badereise aus **Zoppot** zurückkehrten. Das Ehepaar hatte im dortigen Spielkasino durch Verwendung falscher Marken 18 000 Danziger Gulden erschwindelt.

In **Wesermünde** ist ein Maurer Künne verhaftet worden, der mehrerer **grauenhafter Sittlichkeitsverbrechen** an Kindern beschuldigt wird. Er ist bereits zweimal in einer Irrenanstalt gewesen. In seiner Wohnung wurden Briefe aufgefunden, aus denen hervorgeht, daß Künne die Polizei nach Düsseldorfer Vorbild verhöhnt hatte.

Die **französische Militärflugfahrt** ist von **schweren Unfällen** heimgesucht worden. Außer dem gemeldeten Flugzeugunfall bei dem nächtlichen Luftmanöver des 22. Flieger-Regiments in **Chartres** mit sechs Todesopfern haben weitere Apparate des gleichen Regiments schwere Unfälle erlitten. Bei Dijon stürzte ein großes doppelmotoriges Bombenflugzeug brennend ab. Aus den Trümmern konnten vier Unteroffiziere nur noch als Leichen geborgen werden, während sich zwei weitere Unteroffiziere durch Fallschirmabsprung retten konnten und nur leicht verletzt wurden.

Beim **Chicagoer** Schaufliegen stürzte ein Marinejagdflugzeug, das in 30 Meter Höhe ein seitliches Looping ausführen wollte, ab und schlug direkt neben der Zuschauermenge auf den Boden, wo es in Brand geriet. Der Pilot sowie ein Zuschauer wurden getötet, sechs Personen wurden verletzt.

In **Norton** (Virginia) wurden in einer Pulverfabrik vierzig Kisten **Explosivstoffe,** die für unbrauchbar gehalten wurden, verbrannt. Es erfolgte eine **furchtbare Explosion,** die in einer nahen Ortschaft vier Häuser zerstörte. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Ein Tankwagen mit **flüssigem Chlorin** wurde in **Denver** (Colorado) vor einer Fabrikanlage leck. Es entwickelten sich sofort **gelbe Schwaden von Chlordämpfen.** 26 Personen, darunter mehrere Feuerwehrleute, erlitten schwere Gasvergiftungen. Über 100 Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Badischer Teil

Zur Wahlbewegung in Baden

Das liberale Zusammengehen

Die **Deutsche Staatspartei** in Baden ist —der „Frankf. Ztg." zufolge — dem Beispiel der mit ihr in Listenverbindung stehenden **Volkspartei,** die mit den **Volkskonservativen** für die Zeit des Wahlkampfes einen Burgfrieden geschlossen hat, **nicht gefolgt;** sie hat es abgelehnt, sich an dem Burgfrieden zu beteiligen. Sie trägt damit der Tatsache Rechnung, daß zwischen der Staatspartei und den Konservativen, obwohl beide Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition im Reiche angehören, in der politischen Grundauffassung und in der Stellungnahme zu wichtigen praktischen Fragen, besonders der Handelsvertragspolitik, Gegensätze bestehen, die im Wahlkampf nicht ignoriert werden können. Auch dem Wunsche, die von der Staatspartei und der Volkspartei in Baden und Württemberg durchgeführte Gemeinschaftsliste auf die Wirtschaftspartei auszudehnen, ist von der Staatspartei in beiden Ländern nicht entsprochen worden. Abgesehen von technischen Schwierigkeiten, war dabei die Überlegung maßgebend, daß die **Wirtschaftspartei** als eine ausgesprochene Interessentenorganisation von den Grundgedanken der Staatspartei zu weit entfernt ist, als daß eine gemeinsame Liste mit ihr in Frage kommen könnte.

In einem Artikel in der „Bad. Presse" erläutert der Landtagsabgeordnete **Dr. Mattes,** der Führer der volksparteilichen Landtagsfraktion, die Gründe, die ihn für die Einheitsliste eintreten lassen. Infolge der wachsenden politischen Zerrissenheit des deutschen Mittelstandes habe dieser den politischen Einfluß ganz an Zentrum und Sozialdemokratie übergeben müssen. In allen süddeutschen Staaten verfügen heute schon diese beiden Parteien über die absolute Mehrheit, und wenn klares politisches Wollen und Erkennen die Politik des Bürgertums in den letzten Jahren geleitet hätten, dann hätte man längst durch Zusammenschluß diese Machtminderung ausgleichen müssen. Statt dessen ist die Zahl der bürgerlichen Parteien in Baden von drei auf sieben gestiegen. Für Baden und Württemberg war ein Wahlbündnis der einzig mögliche Weg, um den Sammlungsgedanken zu fördern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Woran erkennt man die falschen Fünfmarkstücke? Nachdem durch die jetzt unschädlich gemachten Frankfurter Falschmünzer mehr als 1000 falsche Fünfmarkstücke in den Verkehr gebracht worden sind, dürfte es von allgemeinem Interesse sein, zu wissen, worin sich in der Hauptsache die falschen von den echten Fünfmarkstücken unterscheiden. Es kommen Stücke in Frage mit dem Münzzeichen „G 1929". Sie haben einen dumpfen Klang. Die Oberflächen sind porös. Die Prägung ist infolge der nachträglichen Versilberung nicht so scharf wie bei den echten. Das markanteste Erkennungsmerkmal ist der links oben in der Baumkrone befindliche dürre Ast in Form einer 5. Dieser sieht bei den falschen Stücken kleiner aus und liegt näher an dem linken Blatt.

Politische Schlägerei. Am Mittwochabend kam es in einer Wirtschaft der Oststadt zwischen den Teilnehmern einer nationalsozialistischen Versammlung und Kommunisten, die vom Saalschutz der Versammlungsleitung aus dem Saal verwiesen worden waren, zu einer Schlägerei, wobei vier Personen leicht verletzt wurden. Die Polizei machte der Rauferei ein Ende.

Ein Autobusführer wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Wegen fahrlässiger Tötung war der 41 Jahre alte verheiratete Kraftwagenführer Hermann **Rummel** aus Karlsruhe angeklagt, der als Führer eines städtischen Omnibusses zwischen Karlsruhe und Rüppurr seinen Dienst versieht. Am 21. März versuchte er einen vom Albtalbahnhof herkommenden Möbelwagen zu überholen. Dabei wurde der Fuhrmann, der neben den Pferden herging, von der Stoßstange erfaßt, zu Boden geschleudert und von dem zirka 100 Zentner schweren Möbelwagen überfahren, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab, daß der Führer des Omnibusses, wenn er die Fahrgeschwindigkeit vermindert hätte, das Unglück hätte verhüten können. Das Urteil lautete auf **vier Monate** Gefängnis.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Einfluß des Hochdruckgebiets hält an. Wir können daher mit Fortdauer der bestehenden Witterung rechnen. **Wetteraussichten:** Heiter, trocken und warm.

Straßenbahn und Autobus

Die Stadt Wiesbaden hat vor einiger Zeit ihre Straßenbahn aus dem Verkehr gezogen und sie vollkommen durch Kraftomnibusse ersetzt. Die Erfahrungen, die sie mit dieser Maßnahme gemacht hat, liegen jetzt für einen längeren Zeitraum vor. Die von der Wiesbadener Verwaltung vor Umstellung des Verkehrs aufgestellten Berechnungen haben sich nicht nur als richtig herausgestellt, sondern die günstigen Voranschläge sind sogar auf der Aktivseite überschritten worden. Wenn auch nicht etwa aus dieser Tatsache **allgemein** die Folgerung gezogen werden kann, daß man nun **überall** die Straßenbahn durch Automobilomnibusse ersetzen soll, so sollte man doch auf Grund der außerordentlich günstigen Wiesbadener Erfahrungen den Erfordernissen des neuzeitlichen großstädtischen und Überlandverkehrs mehr durch **Heranziehung schienenloser Fahrzeuge** Rechnung tragen, als das bisher geschehen ist.

Schon seit Jahren wird von Verkehrstechnikern die Anschauung vertreten, daß Schienenfahrzeuge, also Straßenbahnen, in den Verkehrszentren der Großstädte nichts zu suchen haben. Aber zumindest in Deutschland spielen nicht nur verkehrstechnische, sondern oft vielleicht sogar in einem noch größeren Ausmaße **finanzielle** Momente die entscheidende Rolle. Man würde vielleicht in manchen Städten die Straßenbahn gern aus einigen Straßen wegnehmen wollen; man kann es sich aber **geldlich** nicht leisten, Neuinvestierungen im Autobusverkehr zu machen und die bereits in den Straßenbahnverkehr investierten Kapitalien — für Schienen, Stromführung, Gleis- und Pflasterarbeiten — ertraglos ruhen zu lassen oder gar für immer abzuschreiben. Trotzdem sollten die Kommunen bei der Neuerschließung von Stadtteilen für den Verkehr bedenken, ob hier nicht in vielen Fällen **der Kraftomnibus der Straßenbahn vorzuziehen ist.** Das dürfte vor allen Dingen für den Verkehr in Außenbezirken in Betracht kommen, in denen keine große Verkehrsdichte herrscht, wo aber die Verkehrsstärke besonders ungleich ist, und wo es dennoch auf Verkehrsschnelligkeit mehr ankommt, als im Innern der Städte. Hier ist **der Autobus das gegebene Fahrzeug,** denn die deutsche Kraftfahrzeugindustrie — so z. B. Daimler-Benz, Magirus, Vomag und andere Spezialfabriken für Personenomnibusse — hat es verstanden, **Omnibusse verschiedenster Größe und Fassungskraft** zu konstruieren, die dem Umfang des Verkehrs aufs beste sich anpassen. Es ist natürlich unwirtschaftlich, auf Strecken mit geringem Verkehr ganz große Wagen zu verwenden, wohingegen für Strecken mit starkem Verkehr, insbesondere auch mit Berufsverkehr zu bestimmten Tagesstunden, Omnibusse größten Formats gebaut worden sind, die **an Fassungskraft den Straßenbahnwagen nicht nachstehen,** aber nur zu den Zeiten erhöhten Bedarfs eingesetzt zu werden brauchen.

Wenn von den Anhängern der Straßenbahn behauptet wird, daß der Autobusverkehr fast überall unrentabel sei, so kann man ihnen einige Zahlen der früheren Berliner Aboag entgegenhalten. Die Aboag beförderte z. B. 1928 in Berlin 223 Millionen Personen; das ist die gleiche Zahl, die von der Berliner Hoch- und Untergrundbahn im Jahre 1927 befördert wurde. Das Kapital der Aboag betrug Ende 1927 vor ihrer Verschmelzung mit der Berliner Verkehrs AG. 8,5 Milionen Reichsmark. Sie hat im Gegensatz zu anderen Berliner Verkehrsanstalten keine Anleihen aufzunehmen brauchen und konnte trotzdem innerhalb weniger Jahre ihren Fuhrpark verbessern und vervielfachen. Dieses Kapital würde aber nicht einmal zum Bau von 14 Kilometern Straßenbahngleis ausreichen, da jedes Kilometer allein an Verzinsung, Tilgung und Disagiobuchung in Berlin jährlich rund 72 000 Reichsmark kostet. Die Aboag dagegen befuhr im Jahre 1927 eine Strecke von 236 Kilometern. Man sieht hieraus, daß, wenn wirklich in einigen Städten der Autobusverkehr nicht rentabel ist, diese mangelnde Rentabilität **der Straßenbahn gegenüber** mehr als ausgeglichen wird, da man bei diesen die Amortisation und Verzinsung der ja **um ein Vielfaches größeren Kapitalien** berücksichtigen muß, die für den Bau von Straßen- oder gar Untergrundbahnen notwendig sind. Auch vom Gesichtspunkt **der Verkehrssicherheit** aus ist der Autoomnibus der Straßenbahn vorzuziehen. Das haben die Unfallstatistiken der Verkehrsgesellschaften zur Genüge bewiesen.

Der größte Vorteil des Autobus der Straßenbahn gegenüber liegt aber darin, daß er jederzeit ohne besondere Vorarbeiten und Investierungen für Schienenbau usw. eingesetzt werden kann, und daß er nötigenfalls ohne Kapitalverlust schnell wieder **zurückgezogen** bzw. auf anderen Strecken verwendet werden kann, wenn der Betrieb einer Strecke noch nicht oder nicht mehr genügend rentabel erscheint. R. K.

Gemeinderundschau

Über 259 000 Einwohner in Mannheim

Die Einwohnerzahl der Stadt Mannheim betrug im Juni dieses Jahres — Monatsdurchschnitt — 259 250. Die Ziffern für die Monate April und Mai beliefen sich auf 259 258 bzw. 259 314. Die Gesamtzahl der Geborenen war mit 412 im April genau so hoch wie im Vorjahr, im Mai mit 431 (440) etwas niedriger, dagegen brachte der Juni mit 348 (416) einen sehr starken Rückgang. Eigenartigerweise hat auch die Zahl der Sterbefälle in den einzelnen Monaten April bis Juni gar keine oder nur geringfügige Änderungen gegenüber dem Vorjahr erfahren, immerhin ist die Gesamtzahl mit 608 (629) im zweiten Kalendervierteljahr etwas kleiner gewesen. Der Zuzug ist in allen drei Monaten etwas schwächer gewesen als im Vorjahr. Im ganzen Vierteljahr sind 5951 (7119) Personen zugezogen.

Der Gemeinderat Schwetzingen genehmigte Hiebsplan für 1930 und Kulturplan für 1931. — Von den 25 Bewerbern um die freie Stelle eines Polizeiwachtmeisters wurde vorbehaltlich des Ergebnisses persönlicher Vorstellung und Prüfung ein Rottenmeister der Bad. Staatspolizei ausgewählt.

Sparmaßnahmen der Stadt Karlsruhe. Infolge der anhaltend schlechten Wirtschaftslage mußte die Stadt zu einschneidenden Sparmaßnahmen greifen. U. a. sah sich der Stadtrat lt. „Bad. Presse" veranlaßt, eine allgemeine **Personaleinstellungssperre** zu verhängen und fürs nächste Jahr von der Einstellung von Beamtenanwärtern abzusehen. Es mußte angeordnet werden, daß jede an sich notwendige Vermehrung des Personals durch Austausch von Arbeitskräften innerhalb der städtischen Betriebe und Verwaltungen zu decken ist.

Der Gaggenauer Voranschlag. Da die Gaggenauer Bürgerausschußsitzung, die Dienstag abend einberufen wurde, wieder nicht beschlußfähig war, gelten der Voranschlag 1930/31 und die Biersteuer gemäß § 58 Absatz 2 der Gemeindeordnung als angenommen.

Englischer Unterricht in den Freiburger Volksschulen. Da der wahlfreie englische Unterricht für die Mädchen der beiden achten Sprachklassen-Volksschulen in **Freiburg** sich gut bewährt hat, soll der englische Unterricht auch für die Knaben der einen achten Sprachklasse eingeführt werden.

Das Schwimmbadprojekt in Villingen. Das Projekt für die Erweiterung des städtischen Schwimmbades Villingen sieht einen Aufwand von 312 000 *RM* vor. Die Kosten sollen aus Kreditmitteln bestritten werden. Mit der Arbeit wird im Spätjahr angefangen. Die Schwimmbahn wird nach Erweiterung eine Länge von 40 zu 15 Metern und eine Breite von 6 Metern aufweisen.

Neue Eingemeindungen in Stuttgart? Wie die Süddeutsche Zeitung" hört, sind die Verhandlungen der Stuttgarter Stadtverwaltung mit den vier Gemeinden, Münster, Schmiden, Öffingen und Rotenberg soweit gediehen, daß die Stadt Stuttgart mit ihrer Einverleibung auf 1. April kommenden Jahres rechnet.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim,** 28. Aug. Vor dem Erweiterten Schöffengericht als Berufungsinstanz hatte sich der frühere Polizeioberleutnant Karl **Pflaumer** (Rauenberg), früher Heidelberg, wegen Beleidigung zu verantworten. Er hatte gegen einen Heidelberger Polizeiinspektor in öffentlicher Versammlung beleidigende Äußerungen getan, weswegen er in der Vorinstanz ein Monat Gefängnis erhalten hatte. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 150 *RM* und Veröffentlichung des Urteils in der „Karlsruher Zeitung" und der Mannheimer „Volksstimme".

bld. **Mannheim,** 27. Aug. Wie offiziell bekannt wird, wird **„Graf Zeppelin"** am **19. Oktober** in Mannheim landen. Nach 21 Jahren wieder zum erstenmal eine Zeppelinlandung in Mannheim. Das letztemal war ein Zeppelin am 15. September 1909 in Mannheim gelandet, und zwar auf der Friesenheimer Insel.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	28. August		27. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.51	168.85	168.50	168.84
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.14	112.36
Italien . . 100 L.	21.90	21.94	21.91	21.95
London . . 1 Pfd.	20.367	20.407	20.367	20.407
New York . 1 D.	4.1825	4.1905	4.1825	4.1905
Paris . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.45	16.49
Schweiz . 100 Fr.	81.31	81.47	81.30	81.46
Wien 100 Schilling	59.135	59.245	59.12	59.24
Prag . . . 100 Kr.	12.414	12.434	12.416	12.436

Schnellpressenfabrik Heidelberg AG. Ende 1929 wurden bekanntlich die drei süddeutschen Fabriken des **Kahnkonzerns,** die Schnellpressenfabrik AG. in Heidelberg, die Mag Maschinenfabrik AG. in Geißlingen und die Vereinigte Fabriken C. Maquet AG. in Heidelberg in der vorher mit 351 000 Kapital arbeitenden Schnellpressenfabrik Heidelberg zusammengefaßt, wobei diese ihr Kapital auf 2 Mill. und den Reservefonds von 10 000 *RM* auf 200 000 *RM* erhöhte. Für 1929 ergibt sich — der Frankf. Ztg." zufolge — bei der zusammengefaßten Gesellschaft nach 0,23 Mill. Abschreibungen ein Reingewinn von 237 349 *RM*, woraus 10 Proz. **Dividende** verteilt und 37 349 *RM* (14 566) vorgetragen werden. Die Entwicklung der Geschäfte hat den Erwartungen ungefähr entsprochen. Trotz der Krise seien die Umsätze in allen drei Werken gestiegen. In erster Linie haben dazu die Schnellpressenfabrik beigetragen, namentlich durch **Erweiterung des Auslandgeschäftes.** In der Bilanz erscheint unter Beteiligungen erstmalig die Beteiligung an der **Heidelberg Printing Machinery,** die mit Unterstützung amerikanischer Interessenten zum ausschließlichen Vertrieb der Fabrikate in **New York** gegründet wurde. Anlagen sind mit 1,70 bewertet. Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1930 sei relativ befriedigend; der Umsatz im 1. Halbjahr halte sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr.

Bücherschau

„Die neue Welt" — Unsere Rettung — von Anselmus. Mit Geleitworten von Prof. Jakob Overmans S. J., Schriftsteller Dr. Arthur Eloeßer ... (Hugo Schmidt Verlag München, erste Auflage, brosch. 7,50 *RM*, geb. 9 *RM*).

Wer dieses Buch des mutigen Verfassers zu lesen beginnt, wird es gewiß nicht so leicht wieder aus der Hand geben. Es ist ein Buch für die Hoffnungslosen — und wer wäre im heutigen Deutschland nicht so etwas Ähnliches, wie ein um alle Hoffnungen Betrogener? — Und doch ist es zugleich ein Buch der hoffnungsfreudigen Tat! Es kann manchem, namentlich den Jüngeren, die verlorene Hoffnung wiedergeben! Dem Verfasser kommt es offenbar und ehrlich auf die große „Rettungstat" an, **wie er sie sieht,** nicht auf den literarischen Erfolg; er stellt die Sache in den Vordergrund, nicht seine Person.

Die ängstlich gemiedenen Schicksalsfragen, die jetzt alle zeitbewußten Deutschen, ja jeden gebildeten Europäer bewegen, werden hier in ganz neuer Weise aufgerollt; denn nicht nur der Untergang des „Abendlandes", sondern auch der Untergang des „Morgenlandes", den die ungeheure Katastrophe im nahen und fernen Osten ja schon im vollsten Gange zeigen, kurz: die sich ankündigende **Weltkatastrophe** und die aus derselben hervorgehende Geburt einer neuen Welt: Dies Grundproblem der kommenden Epoche wird in diesem Buche aus persönlichem Erlebnis und offenbar aus reicher praktischer Erfahrung heraus behandelt.

Jeder Leser fühlt sich sofort selbst mit hineingerissen in die Handlung des neuartigen **„Weltenromans"**; denn es werden ihm hier alle seine eigenen Schicksalsfragen mit allen Konsequenzen zum Bewußtsein gebracht. Die Absicht des Buches aber ist: Jeder, der sich schaffenskräftig und schaffensmutig fühlt zur Tat aufzumuntern, ihn mitzureißen, ihn zu veranlassen, daß er hinter sich läßt, was nun einmal verloren gegangen ist, um sich ganz der Eroberung eines Neuen zuzuwenden. Zweifellos: hier äußert sich eine Persönlichkeit, die anscheinend jahrzehntelang in unverfeller Weise auf allen Gebieten der geistigen Kultur im In- und Auslande tätig gewesen sein muß. Sie muß in ungewöhnlicher Weise Gelegenheit gehabt haben, tiefe Einblicke in die dunklen Hintergründe der internationalen Politik zu tun. Man darf wohl sagen, daß ein prophetischer Geist diese Ausführungen durchatmet; aber trotz aller Kühnheit der Schauung wird ihnen von vielen Vertrauen entgegengebracht werden, weil sie ihre Bestätigung in einer Fülle nicht anzuzweifelnder, aktuellster Erfahrungen finden. In der Tat: wir sehen in dieser Schrift das Buch der augenblicklichen **Welt-Wende,** das alle uneingestandenen seelischen Komplexe zur Auslösung bringt, welche die aus dem fernen und nahen Osten, aus der schwarzen Welt Afrikas, aus dem Bolschewismus, aus der Überindustrialisierung des Westens und Amerikas und vor allem aus der unhaltbar gewordenen inneren Zersetzung drohenden Gefahren in uns aufgestaut haben.

Diese Welt-Horizonte weiten sich vor unseren Augen schon bei Aufzählen einiger Kapitel, wie: Das apokalyptische Gesicht unseres Zeitalters. — Der Weltberuf des Deutschen. — Technik als kulturschöpferische Idee. — Die Nachkriegs-Menschheit. — Die Frau in der neuen Welt. — Der Schlager. — Jazzmusik als Ouvertüre der neuen Welt. — Raketenflug ins Dämonische. — Der Selbstmord des Intellektualismus. — Die neue Synthese von Wissenschaft, Religion und Kunst. — Die Kirche an der Weltwende. — Olympia. — Das Pariser Weltgericht usw.

Aber damit nicht genug! Es sind sehr **praktische Ziele,** zu denen der Autor hinführen will, nämlich zu der **Mobilisierung aller schöpferischen Jugendkräfte,** zu einer **ganz neuen Einstellung Deutschlands.** So sind im Buche auch sehr beachtenswerte Entwürfe zu den Projekten angefügt, die der Verfasser, gestützt und gefördert von hervorragenden Persönlichkeiten aller Berufskreise und Richtungen, entworfen hat. Dieselben gipfeln in dem Nachweis, daß Deutschland über die Jugendkräfte in besonderem Maß verfügt, die erforderlich sind, um aus dem offensichtlichen und nach und nach allgemeiner eingestandenen Bankerott der alten Welt eine neue Welt, eine neue Weltkultur hervorgehen zu lassen, in welcher Deutschland wieder die seiner tatsächlichen Bedeutung entsprechende Stellung einnehmen kann und einnehmen wird; denn es kann vor allen die wesentlichen Schöpferkräfte für die Erneuerung des Völkerlebens aufbringen. Ganz besondere Aufmerksamkeit wird der Durchgeistigung und künstlerischen Rhythmisierung der Leibesübungen als der körperlichen Grundlage aller Gesundheit zugewendet. So tritt denn hier der Sport in eine ganz neue Beleuchtung und gewinnt in diesem Lichte eine bisher kaum gekannte Wichtigkeit für das Völkerleben. Weitgehende Beachtung hat es auch bereits gefunden, daß der Verfasser die Zusammenfassung und Mobilisierung der bisher teils brach liegenden, teils falsch angesetzten schöpferischen Jugendkräfte in Gestalt einer **Ausstellungsfrage** neuen Types unter dem Titel **„Junge Welt"** durchgeführt wissen will. Deren schematischer Aufbau wird in den Hauptzügen in sehr fesselnder Weise dargestellt. Er muß schon deshalb weitgreifendes Interesse finden, weil er alle deutschen **Großstädte** mit ihren Ausstellungsanlagen zur Durchführung heranzieht und jeder Stadt eine ihrer Eigenart besonders angemessene Aufgabe innerhalb dieses gewaltigen Erneuerungswerkes zuweist. Die wirtschaftliche Grundlage müßte darnach eine für das ganze Reich gemeinsame sein, und sie stünde nach der Ansicht des Verfassers schon heute durchaus im Bereiche der Möglichkeit, insbesondere durch eine Förderung aller anderen Kulturländer, die aus einem solchen gewaltigen Erneuerungswerk gleichen Nutzen ziehen sollen. Als Zentrale der ganzen Bewegung erscheint hier in ausführlicher Darstellung das zu errichtende: „Reichshaus deutscher Kultur und Kunst", welches auch die „Akademie der Zukunft" enthält. Deren Aufgabe soll es sein, die künstlerischen Kräfte, die bisher so vielfach in einem völlig volksfremden Kunstgetriebe vergeudet wurden zur Durchgeistigung und Ausgestaltung des Volkes selbst an Leib und Seele anzuleiten und den gesamten Daseins- und Arbeitsprozeß des ganzen Volkstums zu einem Kulturerlebnis zu erheben.

Tatsächlich, ein gewagtes Buch!: ein seherischer Blick und reiche Phantasie, aber gezügelt durch gewissenhaften Willen zur ernsten Tat und zur Erzielung des Notwendigen, in Verbindung mit einer ungewöhnlichen Fülle von Erfahrungen ergeben hier eine, wenn auch scheinbar paradoxe, aber **dennoch mitreißende** Schaffensenergie, die auch mitten aus der **vollerlebten** Weltkatastrophe den Weg zur Rettung findet.

O.824. **Offenburg.** In dem Konkurse über das Vermögen der Firma **Dienst & Lochner G. m. b. H.** in Offenburg (Baden) soll die Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind verfügbar 2265,51 *RM*. Zu berücksichtigen sind Forderungen zum Betrage von 38 251,09 *RM*, darunter 28,— *RM* bevorrechtigte. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle II des bad. Amtsgerichts Offenburg zur Einsicht aus.

Offenburg, 27. Aug. 1930.

Der Konkursverwalter:

Dipl.-Kfm. W. Hugger.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATTER
DOSSENHEIM A. D. BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS- U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Druck G. Braun, Karlsruhe